

## **Forderungen, Fragen, Anregungen, Themen**

Zusammengestellt und erweitert durch die AG Bundesmuseen aufbauend auf  
den Beantwortungen des Fragenkatalogs durch die Bundesmuseen  
und Medienberichten des Jahres 2007

## Staatliche Museumspolitik zwischen Autonomie und Zentralismus

### Grundsätzliches

Die Fragenbeantwortung ergibt eine große Spannweite: die Wünsche reichen von massiven Steuerungsmaßnahmen bis zur Ablehnung übergeordneter museumspolitischer Aufgaben des Staates, die über die Finanzierung der Museen hinausgeht.

- Bedarf es einer staatlichen Museumspolitik?
- Wenn ja, welche Aufgaben/Verantwortungen/Themen hat sie zu behandeln?
- In welchem institutionellen bzw. personellen Rahmen erfolgt die Entwicklung museumspolitischer Leitlinien? Wie werden diese vorbereitet, entschieden bzw. die Ergebnisse evaluiert? Bedarf es der Einrichtung eines Museumsinstituts oder einer temporären Beratungsgruppe?
- Wo und wie sollte die Grenze zwischen museumspolitischen Vorgaben und autonomer Entscheidung der Museen gezogen werden?

Aus den Fragebögen und der jüngeren medialen Diskussion wurden folgende übergeordnete museumspolitische Fragestellungen herausgefiltert:

### Steuerungsaufgaben – Zuständigkeiten?

- Entwicklung einer Gesamtvision für die Bundesmuseen (museumspolitische Leitlinien, beide Seite verpflichtender ganzheitlicher Masterplan, aus dem sich Strategien und Maßnahmen ableiten lassen).
- Wahrnehmung der kulturellen und finanziellen Anliegen der Bundesmuseen in der Regierung und in der Öffentlichkeit.
- Entwicklung bzw. Überprüfung der für Bundesmuseen relevanten bestehenden bzw. im Entstehen befindlichen Gesetze und Verordnungen auf ihre Tauglichkeit.
- Beobachtung der gesamtösterreichischen und der internationalen Museumsentwicklung, Abschätzung der Konsequenzen für die Bundesmuseen und Initiierung adäquater mittel- bzw. langfristiger Maßnahmen.
- Schaffung einer auf vergleichbaren Daten aufbauenden Übersicht des wirtschaftlichen Entwicklungsstands der Bundesmuseen.

### Sammlungs- und Programmpolitik

#### Grundsätzliches

Aus den Stellungnahmen der DirektorInnen geht deutlich hervor, dass maximale Autonomie für die Bundesmuseen gewünscht wird. Visionäre und kompetente LeiterInnen mit hervorragenden Teams, die relativ ungestört gemeinsam daran arbeiten können, die Sammlung und das Ausstellungsprogramm auszubauen, zu schärfen und zu vermitteln, werden als ausreichende Garantie für das notwendige und unverwechselbare Profil eines Museums angesehen. In der Tat basieren Schenkungen, Dauerleihgaben und Sponsorenvereinbarungen meist auf einer engen Beziehung zwischen dem Förderer/der Förderin und der/dem Museumsdirektor/in bzw. der jeweiligen Institution. Dennoch besteht Diskussionsbedarf über bestimmte Themen.

Die Bestände und Programme der einzelnen Bundesmuseen haben sich, aufbauend auf die Gründungsgeschichte der einzelnen Museen, entsprechend den Intentionen und Optionen einer Reihe von entscheidenden und handelnden Personen entwickelt. Waren die Inhalte der einzelnen Häuser vielleicht schon zu Beginn nicht sehr klar definiert oder zu wenig abgestimmt, haben die im Laufe der Jahre vorgenommenen Programmerweiterungen oder Schwerpunktsetzungen noch einmal dazu beigetragen, dass die nunmehr praktizierten Ausrichtungen eine kritische Gesamtschau der Bundesmuseen erfordern. In einzelnen Bereichen muss auch die Frage gestellt werden, ob nicht Defizite bestehen und ob die Museumspraxis einzelner Fachbereiche dem aktuellen Stand von Theorie und Praxis gerecht wird.

Anknüpfend an die Themen zur staatlichen Museumspolitik wurden folgende grundsätzliche Fragen identifiziert:

- Wie weit geht die Autonomie der Bundesmuseen in der Definition von Sammlungsprofilen und Ausstellungsprogrammen? Können sie von ihren mit dem Bund vereinbarten Konzepten und Programmen abweichen?
- Können die jeweiligen Aufgabenstellungen und Angebote der einzelnen Bundesmuseen nach einer kritischen Gesamtschau und Abstimmung der Ressourcen verbessert werden?
- Und gibt es unabhängig davon bei einzelnen Themen- und Fachbereichen Defizite und inhaltlichen Justierungsbedarf?

#### Steuerungsfragen – Zuständigkeiten

- Rahmenbedingungen für die Sammlungs- und Ausstellungspolitik bei kunst- und kulturhistorischen Museen schaffen.

- Aufgabendefinition lt. Bundesmuseen-Gesetz von Zeit zu Zeit auf Angemessenheit evaluieren. Klare Aufgaben und strukturierte, differenzierte Profile der einzelnen Museen, insbesondere im Sammlungsbereich.
- Abgrenzungsproblematik zwischen den Museen erfassen und aus Vorschauen mehrjährige, beiderseits verbindliche Rahmenvereinbarungen abschließen.
- Verbindliche Entscheidungsgrundlagen und Kriterien für die Entwicklungen der Sammlungen erarbeiten.
- Zielorientierte Sammlungspolitik gewährleisten.
- Erfüllen des Auftrags zum Forschen und Sammeln durch notwendige finanzielle Mittel ermöglichen.
- Maximal transparente Offenlegung von Ausstellungsplanungen und strategischen Entscheidungen erreichen.
- Identifizieren von Defiziten im Museumsangebot.

#### Rechtliche Rahmenbedingungen

- Gründung einer österreichischen Nationalstiftung und eines nationalen Ankaufsfonds.
- Neuregelung der Ausführmodalitäten von Kunstwerken zu Ausstellungszwecken (Korrektur § 23 Bundesdenkmalgesetz) und Verbesserung/Liberalisierung des Leihverkehrs mit dem Ausland (BDA). EU-Programm „Collections on the Move“ zum barrierefreien Leihgabentransfer zwischen Museen.
- Staatshaftung für Leihgaben an internationale Gepflogenheiten anpassen.
- Ausweitung der steuerlichen Begünstigung/Absetzbarkeit von Schenkungen, Spenden, Sponsoring u. ä.
- Neuordnung des Entscheidungsprozesses über Restitutionsfälle.

#### Serviceaufgaben

- Umsetzung eines gemeinsamen Sicherheitskonzepts.
- Gemeinsame Kunstdatenbank (unter Berücksichtigung der Verlinkung mit Landesmuseen).
- Digitalisierungsstrategie für alle Bestände unter Berücksichtigung der Langzeitarchivierung digitaler Medien entwickeln.
- Errichtung und Betrieb eines Zentraldepots für die Kunstmuseen des Bundes.
- Beauftragung von Untersuchungen zu Publikumsentwicklung.
- Etablierung von Programmen zur Qualitätssicherung.

- Spezielle Konzepte zur Förderung von Vermittlung, z.B. freier Eintritt.

### Neupositionierungen, Sammlungszuordnungen und Ausbauprojekte

Die Abbildung der geäußerten Anregungen, Forderungen und Vorstellungen ergibt insgesamt ein sehr umfangreiches und buntes Bild einer zukünftigen Museumslandschaft:

- Zusammenführung der klassischen Moderne (österreichische und internationale) im Leopold Museum als „Museum klassischer Moderne“.
- Zusammenführung der zweiten Moderne (1945–1980) im MUMOK.
- Gegenwartskunst im MQ Fischer von Erlach-Trakt
- Alternativ: Errichtung eines Museums des 21. Jhdts. (MUMOK 21)
- Ausbau Museum für zeitgenössische Kunst vordringlich.
- Fokussierung der Sammlungsaufgaben des MAK auf Kernaufgaben und „Contemporary Art“ auf Ausstellungen und Veranstaltungen beschränken.
- Betrieb „Fitzpatrick House“ und „CAT“ durch das MAK.
- Belvedere als „Österreichische Galerie“ von Gotik bis Barock und als Galerie des 19. Jhdts. definieren.
- Ausbau Belvedere und 20er Haus vorantreiben.
- Fusion Albertina mit KHM.
- Sonderausstellungsraum für KHM.
- Zuordnung von Silberkammer und Hofmobiliendepot an das KHM.
- Einbindung der Gemäldegalerie der Akademie in das KHM (Sekundärgalerie).
- Neugestaltung des Ephesos Museums.
- Integration des HGM und der Gedenkstätte Mauthausen in die Verantwortung BMUKK.
- Im Arsenal ein Historisches Nationalmuseum einrichten.
- Medizinhistorische Sammlung weiterentwickeln.
- Musealisierung der Schlösser (derzeit Wirtschaftsministerium).
- Einrichtung eines Literaturmuseums.
- Schaffung von neuen Institutionen (z. B. Architekturmuseum, Filmmuseum, Nationalmuseum der Geschichte/Haus der Geschichte, Kulturenmuseum, Literaturmuseum, Science Center, Verkehrsmuseum etc.).
- Errichtung und Betrieb eines Zentraldepots.

## Governance und Strukturfragen

### Grundsätzliches

Die Fragenbeantwortung ergibt eine klare Favorisierung weitgehender Autonomie, jedoch auch eine deutliche Einforderung von kulturpolitischen Rahmenbedingungen, wobei die Fragestellungen im Bereich Governance und Strukturfragen nicht von den grundsätzlichen Überlegungen zur Rolle staatlicher Museumspolitik zu trennen sind. Relativ einhellig wird die Forderung nach Qualifizierung bzw. Erweiterung der Kuratorien durch Fachkräfte erhoben. Auffällig erscheint, dass wenige Forderungen nach einem detaillierteren „Regelwerk“, wenige Forderungen nach Gesetzesänderungen, und keine Forderungen nach radikaleren Alternativen zum Status Quo erhoben wurden. Grundsätzliche Fragen in diesem Bereich:

- Erweiterung der Autonomie oder stärkere Zentralfunktionen?
- Bedarf es einer Gesamtverwaltung?
- Wenn ja, in welcher Form und in welchen Bereichen?
- Regelung des Verhältnisses zwischen Gesamtverwaltung und Institutionen?
- Bedarf es stärkerer Vorgaben für die interne Organisation?
- Bedarf es museumsübergreifender Regelwerke (Stichwort: Kollektivvertrag)?
- Bedarf es einer Änderung bezüglich der derzeitigen Leitungs-, Aufsichts- und Kontrollfunktionen?

Folgende Einzelfragestellungen wurden aus den Beantwortungen und aus der jüngeren medialen Diskussion herausgearbeitet. Die angeführten Anregungen bzw. Forderungen zu Finanzierungsfragen wurden in diesen Themenkreis integriert, da sie in einem engen Zusammenhang mit den angesprochenen Leitungs-, Planungs- und Kontrollaufgaben stehen.

### Aufsichtsfunktion

### Steuerungsaufgaben und Zuständigkeiten

- Handhabung der Eigentümerversammlung.
- Definition der Kontrollfunktion des Bundes, der Steuerungsmöglichkeiten bei Fehlentwicklungen und der Vorgangsweise bei ungelösten Konflikten zwischen Museen.
- Kritische Prüfung der mit den Museen vereinbarten Aufgaben und – wenn notwendig – Abgleichung von Anspruch und Realität.

## Museumspolitische Initiative

- Entwicklung und Präzisierung von mehrjährigen beiderseits verbindlichen Rahmenvereinbarungen.
- Hat der Bund außer bei der Finanzierung übergeordnete Aufgaben zu erfüllen?
- Bedarf es einer (Neu)abstimmung von Museumsordnungen, Geschäftsordnungen, Satzungen etc.?
- Bedarf es einheitlicher Grundsätze für die Führung von Bundesmuseen?
- Für die Erfolgsbeurteilung sollen verstärkt qualitative Faktoren berücksichtigt werden. Entwicklung qualitativer Parameter für Erfolgsvergleiche.

## Gremien und Organe

- Die Einrichtung einer effizienten Direktorenkonferenz wird von einzelnen Beteiligten gefordert.
- Klärung des Arbeits- und Verantwortungsverhältnisses Bund – Kuratorium – Museum.
- Verbesserung der Funktion und Bedeutung der Kuratorien durch Entsendung von Fachleuten und Vereinfachung der Entscheidungsabläufe.
- Klärung des Besetzungsmodus für Geschäftsführer.
- Angeregt wird eine Diskussion über notwendige neue Organisationsformen in der Museumspolitik bzw. in der Gesamtverwaltung wie etwa durch Ankaufsjurien, Museumskommissionen oder Gesamtaufsichtsräte.
- In welcher Form kann eine Verankerung von Anspruchsgruppen, die der Vielfalt der Gesellschaft entsprechen, in den Museen stattfinden?
- Einrichtung einer zentralen Dienstleistungsstelle für Verwaltungsaufgaben.
- Verbesserung der Museumsaufsicht durch Experten.
- Entwicklung eines Code of Ethics für alle Entscheidungsebenen.

## Rechtliche Rahmenbedingungen

- Einheitliche Verankerung des Vier-Augen-Prinzips
- Entwicklung der Rahmenzielvereinbarungen

## Procedures

- Entwicklung transparenter und effizienter Kommunikations- und Zusammenarbeitsformen zwischen allen Beteiligten auf allen Ebenen.
- Verbesserung von Transparenz und Aussagekraft im Berichtswesen.

- Wiedereinführung der monatlichen Museumsstatistik.

### **Planung und Finanzierung**

- Gewährleistung der finanziellen Absicherung durch Valorisierung der Basisabgeltung.
- Notwendigkeit eines neuen Finanzverteilungsschlüssels.
- Erhöhung der Basisabgeltung. Abschluss mittel- und langfristiger Förderungsverträge.
- Absicherung der steuerlichen Absetzbarkeit von Schenkungen, Sponsoring u.a..  
Bessere gesetzliche Absicherung des gemeinnützigen Status.
- Ermöglichung des Aufbaus von Endowments bzw. gesicherter Rücklagen.
- Entwicklung dynamisierender Förderungsimpulse etwa in Form von thematischen Sonderausschreibungen, Preisen, Exzellenzinitiativen oder Matching Grants.
- Ausweitung der Staatshaftung für Leihgaben.
- Streichung des Ausfuhrvermerks innerhalb der EU bzw. Neuordnung der Zuständigkeiten BDA – Museen – Restauratoren.